

# Positionen zum Thema Hitze und Gesundheit

Die Arbeitshilfe B-07 gibt einen Überblick über politische Beschlüsse und Erklärungen, Positionspapiere und Standpunkte von Verbänden und Spitzenorganisationen sowie über wissenschaftliche Stellungnahmen und Policy Briefs zum Themenfeld Hitze und Gesundheit. Die Darstellungen erfolgen rein deskriptiv und überwiegend zitatabasiert. Der Überblick stellt eine Zusammenfassung in aller Kürze dar, zum Weiterlesen sind Quellen verlinkt. Aufgrund der großen Menge an Publikationen zum Thema besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Themenfeld Hitze und Gesundheit gewinnt in vielen gesellschaftlichen Bereichen zunehmend an Bedeutung [1]. Es existiert mittlerweile ein breiter Konsens, den hitzebedingten Herausforderungen mit Schutzkonzepten und Maßnahmen zu begegnen [2]. Verschiedene politische, institutionenübergreifende oder berufsständische Interessenvertretungen haben sich zum Themenfeld Hitze und Gesundheit positioniert. Dabei wird sich zur eigenen Verantwortung beim gesundheitsbezogenen Hitzeschutz bekannt und konsequentes, gemeinsames Handeln empfohlen. Kommunale Hitzeaktionspläne spielen in vielen Forderungen eine zentrale Rolle, ebenso die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Belange verschiedener, besonders gefährdeter Personengruppen. Gleichzeitig wird von vielen Interessensvertretungen eine Verständigung über bisher offene Fragen gefordert, beispielsweise zum gesetzlichen Rahmen sowie zur Zuständigkeit und zum Regelungsgehalt der Hitzeaktionsplanung.

## Politische Verständigungen zum Themenfeld

Auf Landesebene hat sich 2022 die **30. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen** unter dem Titel „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“ des Themas Klima und Gesundheit angenommen. Es wurde festgehalten, dass kommunale Hitzeaktionspläne geeignete Instrumente darstellen, „um passgenaue verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen“ [3]. Den Kommunen sollen hierfür geeignete Unterstützungsangebote an die Hand gegeben werden. Das

Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen soll als fachliche Leitstelle für den öffentlichen Gesundheitsdienst in NRW die „systematische und flächendeckende Implementierung von Hitzeaktionsplänen zur Reduktion von hitzebedingten Gesundheitsrisiken als integrierte gesundheitsorientierte Planungsaufgabe in den Kommunen“ unterstützen [3].



Entschließung der 30. Landesgesundheitskonferenz NRW:  
[www.mags.nrw](http://www.mags.nrw)

Die Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder und des Bundes hielten auf der **93. Gesundheitsministerkonferenz** im Jahr 2020 fest, „dass die Erstellung von Hitzeaktionsplänen innerhalb eines 5-Jahreszeitraums“ [4] erforderlich sei. Der entsprechende Beschluss konkretisiert, dass Hitzeaktionspläne „nach dem Subsidiaritätsprinzip primär von den Kommunen und betroffenen Instituten unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Spezifika zu erstellen“ seien [4]. Dabei wird die Zusammenarbeit mit relevanten Akteurinnen und Akteuren, wie dem öffentlichen Gesundheitsdienst, Pflegediensten, dem ambulanten und stationären Versorgungssektor sowie den Krankenkassen als erforderlich erachtet.



Beschlüsse der 93. Gesundheitsministerkonferenz:  
[www.gmkonline.de](http://www.gmkonline.de)

Im Jahr 2022 wurde der „Klimapakt Gesundheit – Gemeinsam für Klimaanpassung und Klimaschutz im Gesundheitswesen eintreten“ als gemeinsame Erklärung des **Bundesministeriums für Gesundheit, der Spitzenorganisationen im Gesundheitswesen sowie der Länder und kommunalen Spitzenverbände** veröffentlicht. Es wird das gemeinsame Anliegen betont, „den Gesundheitsgefahren durch den Klimawandel vorzubeugen“ [5]. Es wird hervorgehoben, dass es dafür Anstrengungen in verschiedenen Politikfeldern bedarf – auch weit über das Gesundheitswesen hinaus.



Gemeinsame Erklärung Klimapakt Gesundheit:  
[www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de)

Auf europäischer Ebene befassten sich 2023 in Budapest die für Gesundheit und Umwelt zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten in der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anlässlich der **Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit** mit gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze. In der entsprechenden Erklärung heißt es, dass die „Bemühungen zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit und Wohlbefinden“ verstärkt werden sollen, u. a. um „Aktionspläne für Gesundheit bei Hitze ausarbeiten und aktualisieren“ [6] zu können.



Erklärung der Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit:  
[www.who.int](http://www.who.int)

## Positionen der kommunalen Spitzenverbände

Der **Deutsche Städtetag** bezeichnet 2023 im Diskussionspapier „Damit Hitze nicht krank macht: wie Städte cool bleiben“ Hitzeaktionspläne als notwendiges Instrument für Städte. Allerdings sieht er die „Erwartung von Bund und Ländern, dass Städte bis 2025 Hitzeaktionspläne erstellt haben müssen“, ohne maßgebliche Unterstützung als nicht erfüllbar an [7]. 2019 hielt der Deutsche Städtetag in einem Maßnahmen- und Forderungskatalog fest, dass angesichts der Folgen von Hitzeepisoden in den vergangenen Jahren bereits „in zahlreichen Städten erhebliche Anstrengungen unternommen“ wurden [8]. Im Katalog werden weitere Maßnahmen vorgeschlagen, wie beispielsweise Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger in Sachen Gesundheitsvorsorge bei Hitze, Notfallpläne für Einrichtungen und das Öffnen kühler Orte.



Diskussionspapier des Deutschen Städtetags:  
[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Der **Deutsche Städte- und Gemeindebund** betonte 2023 im Positionspapier „Hitze und Dürren in deutschen Städten und Gemeinden“ die Relevanz von Hitzeaktionsplänen für die kommunale Ebene. Hitzeaktionspläne seien „ein wirksames Instrument, um Menschen und Strukturen auf extreme Hitzeereignisse vorzubereiten und auf diese zu reagieren“ [9]. Besondere Priorität wird dem Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen zugeschrieben.



Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds:  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

## Positionen von Verbänden und Spitzenorganisationen

In einem Positionspapier bekennt sich die **Bundesärztekammer** 2023 zur Verantwortung von Ärztinnen und Ärzten für den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz und hält fest, dass trotz der massiven Gefährdung „im Gesundheitswesen nur eine mangelnde Vorbereitung gegenüber Hitze“ besteht [10]. Gleichzeitig konstatiert sie, dass „Hitzeaktionspläne bisher nur in wenigen Kommunen“ erstellt wurden [10]. Es sei mehr Aufmerksamkeit für die Gefahren durch Hitze erforderlich. Es werden lokale Hitzeschutzbündnisse unter Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten angeregt – in Städten und Kreisen, in denen „Hitzeaktionspläne in Entwicklung oder Umsetzung sind, agieren Hitzeschutzbündnisse in Abstimmung mit den Kommunen“ [10].



Positionspapier der Bundesärztekammer:  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Der **Marburger Bund** betont im Positionspapier „Daseinsvorsorge verpflichtet – Versorgung und Arbeitsbedingungen für die Zukunft gestalten“ von 2021, dass Maßnahmen gegen

klimabedingte Gesundheitsauswirkungen umgehend geplant und umgesetzt werden müssen [11]. Dazu gehöre es, „vulnerable Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die Kapazität der öffentlichen Gesundheitssysteme zu bewerten, Vorsorgemaßnahmen zu entwickeln und in diese zu investieren“ [11].

@ Positionspapier des Marburger Bunds:  
[www.marburger-bund.de](http://www.marburger-bund.de)

In der Veröffentlichung „Klimaschutz im Krankenhaus: Positionen der **Deutschen Krankenhausgesellschaft** zur Nachhaltigkeit“ wird die Notwendigkeit von Prävention zwecks Vermeidung hitzebedingter systemischer Beeinträchtigungen und individueller gesundheitlicher Schäden betont. Ziel gemeinsamer Anstrengungen müsse es sein, „einer Überlastung der Krankenhäuser und der Rettungsstellen, ebenso wie der im Vorfeld verantwortlichen komplementären Versorgungssysteme, u. a. der ambulanten und stationären Pflege sowie der vertragsärztlichen Versorgung, durch einen *Health in all policies-Ansatz* vorzubeugen“ [12]. Krankenhäuser könnten sich durch Maßnahmen, wie die Erstellung von Hitzeschutzplänen, auf Extremwetterlagen vorbereiten.

@ Veröffentlichung zu den Positionen der Deutschen Krankenhausgesellschaft:  
[www.dkgev.de](http://www.dkgev.de)

Im 2023 veröffentlichten Strategiepapier „Bedeutung von Hausarztpraxen und hausärztlicher Versorgung bei Klima-Resilienz und Klimaschutz“ des **Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes Nordrhein e.V.** wird dargelegt, dass Klimawandel und Gesundheit nicht isoliert betrachtet werden können, sondern „Hand in Hand gehen“ [13]. Es wird ausgeführt, dass zur Gefahrenabwehr für Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „auf den jeweiligen Standort angepasste Schutzpläne und -maßnahmen (Hitzeaktionspläne)“ dienen können [13].

@ Strategiepapier des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes Nordrhein e.V.:  
[www.hausaerzte-nordrhein.de](http://www.hausaerzte-nordrhein.de)

Die **Bundespsychotherapeutenkammer** weist 2023 in ihrem „Standpunkt: Klimakrise und psychische Gesundheit“ darauf hin, dass das Ausmaß der Gesundheitsschäden durch Hitze „durch eine flächendeckende Umsetzung von Hitzeschutzplänen deutlich reduziert werden“ könnte [14]. In diesem Zusammenhang sollten Hitzeschutzpläne „auch auf spezifische Risiken und Schutzmaßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit eingehen und über Patientengruppen aufklären, deren Gesundheit an Hitzetagen besonders gefährdet ist“ [14].

@ Standpunkt der Bundespsychotherapeutenkammer:  
[www.bptk.de](http://www.bptk.de)

Die **Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V.** (DGPPN) unterstreicht 2022 in der „Berliner Erklärung: Klimawandel und psychische Gesundheit“ ebenfalls die Notwendigkeit, die Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit zu adressieren. Es werden flächendeckende Hitzeaktionspläne gefordert, „die insbesondere auch Interventionen zum Schutz der psychischen Gesundheit umfassen“ [15].

 Berliner Erklärung der DGPPN:  
[www.dgppn.de](http://www.dgppn.de)


Die **Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V.** (DGGG) sowie zahlreiche weitere Institutionen veröffentlichten 2024 gemeinsam das Positionspapier „Klimakrise – was jetzt für Geburtshilfe und Frauengesundheit in Deutschland zu tun ist“. Sie empfehlen den Beschäftigten im Berufsfeld die „Mitarbeit an kommunalen Hitzeaktionsplänen und Einwirken auf die Politik zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen und Klimaschutzplänen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Kindern“ [16].

 Positionspapier der DGGG:  
[www.dggg.de](http://www.dggg.de)

Im Positionspapier „Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen“ der **AG Pädiatrie bei KLUG e. V.** wird 2023 betont, dass Hitzeschutz und UV-Schutz „Gesundheitsschutz und eine umfassende Aufgabe der Gesellschaft gegenüber Kindern, Jugendlichen und Schwangeren“ ist [17]. Es wird gefordert, dass „dringend flächendeckend Hitze- und UV-Schutz-Maßnahmen ergriffen werden, und zwar sowohl in den Städten und Dörfern, aber vor allem in sämtlichen Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Schwangere aufhalten (Kitas, Schulen, Kinderkliniken etc.)“ [17].

 Positionspapier der AG Pädiatrie bei KLUG e. V.:  
[www.klimawandel-gesundheit.de](http://www.klimawandel-gesundheit.de)

Die **AG Chancengerechtigkeit des Zentralen Netzwerks für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz NRW** (ZNGH NRW) veröffentlichte im Jahr 2024 Erkenntnisse und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz. Es wird ein Muster-Hitzeschutz-Konzept für Kommunen empfohlen, „das in kommunalen Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu einem differenzierten Maßnahmenplan ausgearbeitet werden kann“ [18].

 Empfehlungen der AG Chancengerechtigkeit des ZNGH NRW:  
[www.lfga.nrw.de](http://www.lfga.nrw.de)

**Der Paritätische Gesamtverband** macht 2023 im Forderungspapier „Hitzeschutz in sozialen Organisationen, Einrichtungen und Diensten durch verlässliche und nachhaltige Finanzierung und Unterstützung stärken“ deutlich, dass kommunale Hitzeaktionspläne „noch nicht in ausreichendem Maße in allen Einrichtungen und Diensten des Sozial- und Gesundheitswesens bekannt“ sind bzw. „in vielen Kommunen noch nicht entwickelt“ wurden [19]. Die „Kommunen sollten soziale Organisationen, Einrichtungen und Dienste stets mit in die Erarbeitung von Hitzeaktionsplänen einbinden, um insbesondere ihre Kompetenzen in der Arbeit mit vulnerablen Menschen in die Entwicklung von Maßnahmen einzubeziehen.“ [19].



Forderungspapier des Paritätischen Gesamtverband:  
[www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

Das **Bündnis für ein hitzeresilientes Deutschland** forderte anlässlich des Hitzeaktionstages 2024, dass „die Entwicklung, Umsetzung und Anpassung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit als verbindlicher Teil der Klimaanpassungskonzepte für Kommunen als Pflichtaufgabe gesetzlich verankert werden“ [20]. Die Einbindung der Gesundheitsämter bei der Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Hitzeaktionsplänen solle zu einer Pflichtaufgabe des ÖGD werden [20].



Forderungen des Bündnisses für ein hitzeresilientes Deutschland:  
[www.klimawandel-gesundheit.de](http://www.klimawandel-gesundheit.de)

## Wissenschaftliche Positionen

Im Jahr 2023 hat der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen** (SVR Gesundheit) im Gutachten „Resilienz im Gesundheitswesen – Wege zur Bewältigung künftiger Krisen“ auf Hitzeaktionsplanungen Bezug genommen. Aufgrund der Erfahrungen mit Hitzewellen in den vergangenen Jahren bestehe Einigkeit, dass dringend gehandelt werden müsse [21]. Hitzeaktionspläne, in denen Maßnahmen sowohl der Verhaltens- auch als Verhältnisprävention „als sich ergänzende Instrumente zur Konzeption von Anpassungsstrategien für Hitze“ kombiniert werden können, [21] werden als relevante Handlungsoption angesehen.



Gutachten des SVR Gesundheit:  
[www.svr-gesundheit.de](http://www.svr-gesundheit.de)

Der **Sachverständigenrat für Umweltfragen** (SRU) hat 2023 in seinem Sondergutachten „Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken“ Hitzeaktionspläne als „ein zentrales Instrument des Hitzeschutzes“ bezeichnet [22]. Der Sachverständigenrat betont die Dringlichkeit, mit der „die flächendeckende Aufstellung von Hitzeaktionsplänen voranzutreiben“ sei [22].

@ Sondergutachten des SRU:  
[www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)

Der **Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen** (WBGU) konstatiert in seinem Hauptgutachten 2024 „Wasser in einer aufgeheizten Stadt“, dass zunehmender Hitzestress, der in Städten durch den urbanen Hitzeinseleffekt noch verstärkt wird, zu einer steigenden Zahl hitzebedingter Todesfälle führt. Der wissenschaftliche Beirat betont, dass die Vulnerabilität der urbanen Bevölkerung dabei erheblich variiert, „sowohl zwischen verschiedenen Städten als auch innerhalb einzelner Städte und Stadtquartiere“ [23].

@ Hauptgutachten des WBGU:  
[www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)

Im „Sachstandsbericht Klimawandel und Gesundheit“ des **Robert Koch-Instituts** (RKI) aus dem Jahr 2023 wird hervorgehoben, dass der Gesundheitssektor „bei der Entwicklung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen eine Schlüsselrolle einnehmen“ [24] sollte. Hitzeaktionspläne und andere Maßnahmen sollten, um „hitzebedingte Krankheits- und Sterbefälle so weit wie möglich zu vermeiden, vor allem jene Personen in den Blick nehmen, die ein erhöhtes gesundheitliches Risiko während Hitzeperioden tragen“ [24].

@ Sachstandsbericht des RKI:  
[www.rki.de](http://www.rki.de)

Der **Beirat Pakt ÖGD** hat 2024 in seiner Stellungnahme „Die Rolle des ÖGD im Klimawandel“ dargelegt, dass der ÖGD eine „weit aktivere Rolle“ beim Schutz vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels spielen könnte. So könnte der ÖGD wichtige Impulse zur Einbeziehung von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens geben, „beispielsweise bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit“ [25]. An der „Erstellung und Umsetzung von Konzepten zur Minderung der Klimaauswirkungen und Anpassung an den Klimawandel“ sollen die Gesundheitsämter sich aktiv beteiligen [25].

@ Stellungnahme des Beirat Pakt ÖGD:  
[www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de)

In seiner Stellungnahme „Klimagerechtigkeit“ betont der **Deutsche Ethikrat 2024**, dass es „zu den großen Menschheitsaufgaben der Gegenwart und Zukunft“ gehört, den Klimawandel und die Erderwärmung zu begrenzen und ihre Folgen zu bewältigen [26]. Im Bemühen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, würden vielfältige Fragen der Gerechtigkeit aufgeworfen. So seien ältere Menschen, Kinder, gesundheitlich besonders hitzeanfällige Personen sowie Angehörige bestimmter Berufsgruppen „durch starke Hitze ungleich schwerer belastet und gefährdet als andere“ [26]. Besonders unter Hitzewellen und damit verbundenen Gesundheitsrisiken würden zudem Menschen leiden, „die angesichts knapper Finanzen keinen Zugang zu Klimaanlage haben oder in beengten oder prekären Wohnverhältnissen leben“ [26].



Stellungnahme des Deutschen Ethikrats:  
[www.ethikrat.org](http://www.ethikrat.org)

Im „Policy Brief für Deutschland“ des **Lancet Countdown on Health and Climate Change** aus dem Jahr 2019 wird die Notwendigkeit hervorgehoben, „die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit gemäß den bundesweiten Empfehlungen zu beschleunigen“ [27]. Im Policy Brief von 2021 heißt es, dass „die Schlüsselrolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Verantwortung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes bei Hitzewellen“ klar zu benennen seien [28]. Dass zusätzlich auch die sozialen Determinanten im Kontext von Klimawandel und Gesundheit stärker zu berücksichtigen seien, wird schließlich im Policy Brief 2024 angemerkt [29]. Sowohl die individuelle Hitzebelastung als auch die Anpassungskapazität würden von zahlreichen sozialen Faktoren abhängen – die Zusammenhänge würden bislang aber nur unzureichend berücksichtigt.



Policy Briefs für Deutschland des Lancet Countdown on Health and Climate Change:  
[klimagesund.de](http://klimagesund.de)

## Literatur

- [1] Sieber R., Claßen T., Meckel O. C. L. (2024): Von der Theorie zur Praxis – Hitzeaktionsplanungen als neues Instrument zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels. In: Pohlan J., Othengrafen F., Güntner S., Nuissl H., Schmidt-Lauber B. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2023/2024. Stadt, Raum und Gesundheit. Wiesbaden. S. 181–196.
- [2] Winklmayr C., Matthies-Wiesler F., Muthers S. et al. (2023): Hitze in Deutschland: Gesundheitliche Risiken und Maßnahmen zur Prävention. Journal of Health Monitoring, H. 8 (S4). S. 3–34. DOI: 10.25646/11645.
- [3] LGK NRW - 30. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen (2022): „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“. Gemeinsame gesundheitspolitische Erklärung der Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz. Düsseldorf.
- [4] Gesundheitsministerkonferenz (2020): TOP 5.1. Der Klimawandel - eine Herausforderung für das deutsche Gesundheitswesen. Beschlüsse der GMK 2020. URL: <https://www.gmkonline.de/Beschluesse.html?jahr=2020>.
- [5] BMG - Bundesministerium für Gesundheit (2022): Klimapakt Gesundheit. Gemeinsam für Klimaanpassung und Klimaschutz im Gesundheitswesen eintreten. Berlin.
- [6] Siebte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit (2023): Erklärung der Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit. Budapest.
- [7] Deutscher Städtetag (2023): Damit Hitze nicht krank macht: wie Städte cool bleiben. Diskussionspapier des Deutschen Städtetages. Berlin, Köln.

- [8] Deutscher Städtetag (2019): Anpassung an den Klimawandel in den Städten. Forderungen, Hinweise und Anregungen. Berlin, Köln.
- [9] DStGB - Deutscher Städte- und Gemeindebund (2023): Hitze und Dürre in Städten und Gemeinden. Statement zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Berlin.
- [10] BÄK - Bundesärztekammer (2023): Positionspapier der Bundesärztekammer zum gesundheitsbezogenen Hitzeschutz. Ärztinnen und Ärzte übernehmen eine zentrale Rolle in der Prävention und Behandlung von hitzebedingten Gesundheitsschäden.
- [11] Marburger Bund (2021): Daseinsvorsorge verpflichtet – Versorgung und Arbeitsbedingungen für die Zukunft gestalten. Berlin.
- [12] DKG - Deutsche Krankenhausgesellschaft (2023): Klimaschutz im Krankenhaus. Positionen der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur Nachhaltigkeit. Berlin.
- [13] HVNO - Hausärzterverband Nordrhein (2023): Bedeutung von Hausarztpraxen und hausärztlicher Versorgung bei Klima-Resilienz und Klimaschutz. Strategiepapier des Hausärzterverbandes Nordrhein e. V. Köln.
- [14] BPTK - Bundespsychotherapeutenkammer (2023): Standpunkt: Klimakrise und psychische Gesundheit. Informationen und politischer Handlungsbedarf. Berlin.
- [15] DGPPN - Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (2022): Berliner Erklärung. Klimawandel und psychische Gesundheit. Berlin.
- [16] DGGG - Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (2024): Klimakrise – was jetzt für Geburtshilfe und Frauengesundheit in Deutschland zu tun ist. Positionspapier.
- [17] AG Pädiatrie bei KLUG e.V. (2023): Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen. Ein Positionspapier der AG Pädiatrie bei KLUG.
- [18] AG Chancengerechtigkeit im ZNGH NRW (2024): Erkenntnisse und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz.
- [19] Der Paritätische Gesamtverband (2023): Forderungspapier Hitzeschutz in sozialen Organisationen, Einrichtungen und Diensten durch verlässliche und nachhaltige Finanzierung und Unterstützung stärken. Berlin.
- [20] Bündnis für ein hitzeresilientes Deutschland (2024): Hitzeaktionstag 2024 - Politische Kernforderungen.
- [21] SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2023): Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen. Berlin.
- [22] SRU - Sachverständigenrat für Umweltfragen (2023): Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken. Sondergutachten. Berlin.
- [23] WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2024): Wasser in einer aufgeheizten Welt. Berlin.
- [24] RKI - Robert Koch-Institut (2023): Auswirkungen des Klimawandels auf nicht-übertragbare Erkrankungen und die psychische Gesundheit. Teil 2 des Sachstandsberichts Klimawandel und Gesundheit 2023. Journal of Health Monitoring, 8 (S4).
- [25] Beirat Pakt ÖGD (2024): Die Rolle des ÖGD im Klimawandel. Stellungnahme des Beirates Pakt ÖGD. Berlin.
- [26] Deutscher Ethikrat (2024): Klimagerechtigkeit. Stellungnahme. Berlin.
- [27] The Lancet Countdown (2019): Policy Brief für Deutschland.
- [28] The Lancet Countdown (2021): Policy Brief für Deutschland.
- [29] The Lancet Countdown (2024): Policy Brief für Deutschland.

## Impressum

### Herausgeber

Landesamt für Gesundheit  
und Arbeitsschutz  
Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW)

Gesundheitscampus 10  
44801 Bochum

Telefon 0234 41692-5555  
poststelle@lfga.nrw.de  
www.lfga.nrw.de

Auflage 1.0

Bochum, Juli 2025

### Autorinnen und Autoren

Raphael Sieber, Katharina Voß, Lea-Christine  
Antoine, Selina Brünker, Thomas Claßen, Thea  
Jankowski, Isabelle Liebchen, Odile Mekel

Fachgruppe Grundsatzfragen,  
gesundheitsbezogener Hitzeschutz, LfGA NRW

### Unter Mitwirkung von

Alice Balbo (Städtetag NRW)